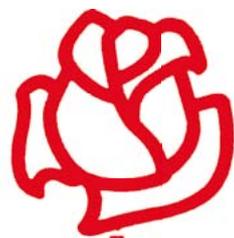


Monatsspiegel



Juni 2011

SPD Erlangen



Adressaufkleber

Es ist Halbzeit im Rathaus

Bei der Kommunalwahl 2008 hat die SPD 13 Sitze errungen – nicht das Ergebnis, das wir uns vorgestellt hatten, aber auch die seit 1996 regierende Mehrheit hat Federn lassen müssen. CSU und FDP hatten nur eine Stimme im Stadtrat und auch die ist seit dem Austritt einer Stadträtin aus der CSU-Fraktion dahin.

Seit der Wahl haben vier miteinander zusammenhängende Entwicklungen stattgefunden, die im Ergebnis dazu geführt haben, dass wir heute mehr Möglichkeiten haben als gedacht und vor allem mehr Möglichkeiten als jemals seit 1996:

1. Hat sich schon unmittelbar nach der Kommunalwahl eine zunehmend schlechte Stimmung zwischen den Koalitionspartnern breitgemacht. Dies führte im Februar 2010 sogar zum zwischenzeitlichen Koalitionsbruch.
2. Gleichzeitig hat sich die FDP mehr geöffnet und ist immer häufiger aus dem Koalitionsblock ausgeschert.
3. Die CSU ist nach dem Abgang ihrer alten Führungsriege orientierungslos, führungslos und konzeptlos und nicht in der Lage, eine einheitliche

Meinung zu vertreten. Immer häufiger scheren einzelne Mitglieder der Fraktion aus und stimmen in Einzelfragen mit der Opposition.

4. Der amts müde und lustlose Oberbürgermeister ist nicht mehr in der Lage oder nicht mehr Willens, mit vollem Einsatz für die Stadt zu arbeiten.

All das hat unsere Spielräume vergrößert und die SPD konnte einige Erfolge einfahren:

- Der Verkauf der Erba-Villa konnte gegen den erbitterten Widerstand der CSU verhindert werden. Die Sanierung hat begonnen – nicht so schnell wie geplant, aber immerhin – und der für der Stadtteil Anger so wichtige Bürgertreff wird erhalten bleiben.
- Bei der Entwicklung der städtischen Bäder sind wir einen gewaltigen Schritt vorangekommen. Ein Blick zurück: CSU und FDP wollten den Franken Hof schließen und das Röthelheimbad verkaufen, und das Freibad West steht seit Jahren wegen technischer Probleme auf der Kippe. Wir haben gemeinsam mit vielen aktiven BürgerInnen erreicht, dass die Stadtwerke den Betrieb der

■ Von Dr. Florian Janik

Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion



Bäder übernommen haben, dass das Röthelheimbad saniert wurde und für das Hallenbad Franken Hof und das Freibad West stehen wir kurz davor, eine gute und tragfähige Lösung durch die Gremien zu bringen.

- Die Überwachung des fließenden Verkehrs, also Geschwindigkeitsüberwachung, wird endlich auch in Erlangen durchgeführt.
- Die ersten Gelder für die Sanierung des Freizeitentrums Franken Hof wurden in diesem Haushalt eingestellt, die Sanierung soll 2013 beginnen.
- Nach ewigem Hickhack ist es uns gelungen, gegen die CSU den Bau von barrierefreien Wohnungen auf dem ehemaligen Perimedgelände in Tenenlohe durchzusetzen.

Das sind zwar alles schöne Erfolge – und es gab auch noch einige mehr –,

Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

06.06.	18:00	Demonstration für den Atomausstieg	Rathausplatz/Schlossplatz	S. 5
07.06.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 12
07.06.	20:00	Jusos: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 15
08.06.		60plus: Besuch der GenossInnen aus Jena	verschiedene Orte	S. 14
14.06.	18:00	Jusos am Berg	Treffpunkt wird noch bekanntgegeben	S. 15
21.06.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 11
22.06.	20:00	AK Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus	S. 5
22.06.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Güthlein	S. 13
29.06.	20:00	Distrikt Ost: Treffen mit Neumitgliedern	Pizzeria Romana	S. 12
29.06.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Angerwirt	S. 3
10.07.	10:00	Distrikt Anger auf dem Angerfest	Anger	S. 11
12.07.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Ort wird noch bekanntgegeben	S. 12
12.07.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 12
13.07.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Treffpunkt Röthelheimpark	S. 12
14.07.	18:00	AsF (Unterbezirk): Veranstaltung „Frauen fehlen im Management“	Haus des Handwerks	S. 15
14.07.	19:30	AsF (Unterbezirk): Jahreshauptversammlung	Haus des Handwerks	S. 15
17.07.	10:30	„Rote Radler“ in Erlangen/Erlangen-Höchststadt	Treffpunkt wird noch bekanntgegeben	S. 9
19.07.	20:00	Distrikt Frauenaarach: Distriktsversammlung	TSV Frauenaarach	S. 11
20.07.	20:00	PG Schwerpunktthema „Soziale Frage“	August-Bebel-Haus	S. 5

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Geschäftsführerin: Sabine Wehner
 Friedrich-List-Straße 5
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen, BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 08:00 bis 12:00 Uhr
 Dienstag 08:00 bis 12:00 Uhr
 Mittwoch 08:00 bis 12:00 Uhr
 Donnerstag 10:00 bis 14:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen
 Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und
 Leitung
 Philipp Dees
 Lichtenfelser Weg 6
 91056 Erlangen
 Telefon: 09131-483791
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gutenberg Druck und Medien,
 Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

aber es reicht nicht. Es reicht nicht, um diese Stadt auf die Herausforderungen der Gegenwart einzustellen und es bleibt damit Stückwerk.

Diese Herausforderungen sind:

1. Nicht erst seit Fukushima der ökologischer Umbau der Gesellschaft: umweltfreundliche Mobilität, Förderung von erneuerbaren Energien und konsequentes Energiesparen.
2. Das Auseinanderklaffen der Gesellschaft in Arm und Reich, verbunden mit ungleichen Bildungs- und Lebenschancen. Gerade in einer reichen Stadt wie Erlangen gerät das gerne und leicht in Vergessenheit, weil es nicht so viele arme Menschen gibt wie in anderen Städten. Das macht es für diese aber nicht weniger bitter und nicht weniger schwierig.
3. Der demografische Wandel stellt die Stadtgesellschaft vor Herausforderungen. Damit meine ich nicht Rentenkürzungen oder Rente mit 68, 69 oder 70. Nein. Wenn es mehr ältere Menschen in der Stadt gibt, dann müssen wir darauf reagieren. Ein Teil dieser Menschen ist fit und aktiv und möchte sich einbringen und mitmachen, und darauf sind wir noch nicht gut eingestellt. Und ein anderer Teil braucht Hilfe, braucht Pflege und auch da ist die Stadt gefordert.
4. Nicht erst seit Stuttgart 21: Aktive Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger. Sie wollen nicht nur angehört werden, sondern wir müssen Mittel und Wege finden, auf die Bedürfnisse einzugehen und wo immer möglich gemeinsame Lösungen zu finden und Kompromisse zu schließen.

Diesen Herausforderungen muss sich die Stadt stellen, und das mit einem großen Handicap: Die Haushaltslage in Erlangen ist seit der Wirtschaftskrise schwierig. Die Einnahmen sind eingebrochen, erholen sich zwar langsam, aber die Ausgaben steigen weiter. Schuld ist nicht nur die Konjunktur, sondern auch die Steuerflucht einiger in Erlangen ansässiger Betriebe. Dazu kommt ein Sanierungsstau bei vielen städtischen Gebäuden, der einen wei-

teren Aufschub von Investitionen kaum noch zulässt.

Um das zu bewältigen, muss man Schwerpunkte setzen. Drei dieser Schwerpunkte möchte ich noch kurz erläutern.



1. Wohnen und Stadtentwicklung

Bei Diskussionen um Gewerbegebiete, um Büroflächen oder beim Wohnen, es ist immer das Gleiche: Es gibt zu wenig, und das Wenige ist unglaublich teuer. Die Ursache dafür ist eine verfehlte Flächenpolitik: Die Stadt hat zu wenig Flächen entwickelt, lässt sich mit diesen zu viel Zeit und die Flächen,

die sie entwickelt hat, sind zu wenig genutzt.

Am deutlichsten wird das beim Wohnen. Der Erlanger Wohnungsmarkt ist ein Vermietermarkt. Wohnungsmangel herrscht, insbesondere für Studierende und Familien mit Kindern, und viele Wohnungen werden nur noch unter der Hand im Bekanntenkreis vermittelt. Seit 1996 gibt es kaum noch sozialen Wohnungsbau, und die wenige Projekte sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

In dem neuen Baugebiet in Büchenbach muss das besser werden, und die SPD wird alles daransetzen, dass es auch so kommt. Wir brauchen:

- mehr Geschoss- und Mehrfamilienhäuser auch in Kooperation mit der GeWoBau und weniger Einfamilien- und Reihenhäuser (GeWoBau);
- Barrierefreiheit als Standard, damit ein echter Markt für solche Wohnungen entsteht und ältere Menschen die Chance haben, eine solche Wohnung zu bekommen;
- intelligente Energiekonzepte gemeinsam mit den Erlanger Stadtwerken und nicht ermüdende Diskussionen darüber, ob Blockheizkraftwerke wirklich nötig sind;

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Mittwoch (!), den 29. Juni 2011, 20:00 Uhr
Angerwirt, Guhmannstraße 10

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Für eine Welt in Frieden – ohne Atomkraft
Referent Stephan Kolb (Foto), IPPNW (Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.)
Weitere Informationen zum Schwerpunktthema auf Seite 6/7
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes



Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

- und wir müssen die Erschließung mit dem ÖPNV und mit Rad- und Fußwegen verbessern, um Autoverkehr gar nicht erst entstehen zu lassen.

2. Bildung: Niemand darf verloren gehen

Balleis hat das Thema „Bildung“ zu seinem Schwerpunkt für diese Wahlperiode gemacht. Mit viel Popanz wurde der Bildungsrat eingerichtet, ein echtes Negativbeispiel für Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Schlecht vorbereitete Sitzungen, Arbeitsergebnisse, die nicht oder nur langsam umgesetzt werden: So motiviert man nicht zum Mitarbeiten.

Und in Erlangen werden die Schulen saniert, seit neuestem sogar ener-

getisch. Das passt zum Schwerpunkt, ist auch nicht falsch, aber viel zu kurz gesprochen.

Denn Schule ist mehr als Beton und Bildung auch mehr als Schule: Wir brauchen einen konsequenten Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei – und nicht nur, weil es da ein Förderprogramm gibt. Kinderbetreuung ist eine der Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik, sie ist gut für die Kinder und wir wissen, dass nichts soziale Ungleichheit besser reduziert als Bildung für alle und von Anfang an. Und sie ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit, weil es heute oft nicht mehr die Frage ist, ob beide Eltern arbeiten wollen. Sie müssen es schlicht, gerade bei dem Preisniveau in Erlangen.

Und bei den Schule müssen wir nicht nur bestehende Gebäude sanieren, sondern vor allem die Strukturen ändern. Echte, rhythmisierte Ganztagschulen, nicht nur Aufbewahrung am Nachmittag.

So wichtig Bildung ist, die SPD darf dabei nicht in die Falle der Konservativen tappen. Die rufen laut Bildung, tun nicht wirklich etwas und entziehen im Gegenzug denen, die Hilfe brauchen, die Unterstützung. Gegen Massenarbeitslosigkeit hilft Bildung nicht. Deshalb ist es eine gesellschaftliche Verpflichtung denen, die in Not geraten sind – meist unverschuldet – auch zu helfen. Ar-

mutsbekämpfung und das Ermöglichen der Teilhabe am Leben einer Stadt (z.B. durch einen „Erlangen-Pass“) sind hier die richtige Antworten.

3. Flair als kleine Großstadt

Die Erlanger Innenstadt ist zweigeteilt: Rund um die Arcaden findet eine zunehmende Ansiedlung von großen Ketten statt, das einzigartige an der



Foto: Günter Laurer

Einkaufsstadt Erlangen geht verloren und die Innenstadt wird austauschbar. Die Altstadt andererseits leidet unter dem nach wie vor ungelösten Verkehrsproblem, unter Leerständen und einer langsamen Abwärtsspirale.

Wenn wir den Flair erhalten und diese Prozesse stoppen wollen, müssen die guten Ideen, die es gibt, nicht nur zu Papier gebracht werden, sondern vor allem umgesetzt werden. Der Altstadtmarkt



Foto: Stephan Teubel/www.erlangen-im-bild.de

als Markthalle und die Entwicklung der Fläche des heutigen Landratsamts bieten Chancen, wieder Publikumsmagnete in die Altstadt zu bringen.

Und der Verkehr: Die Chance für die Stadtumlandbahn ist da. Ein Gutachten weist für ein Netz – auch wenn es nicht das größte und Beste ist – ein positives

Kosten-Nutzen-Verhältnis nach. Das ist die Voraussetzung dafür, dass die Stadt Zuschüsse für den Bau bekommt. Die CSU und Balleis sind schon wieder am Abwiegeln. Wir müssen in den kommenden Jahren alles daran setzen, dass die Chance für einen Quantensprung im ÖPNV nicht wieder vertan wird.

Zum Flair der kleinen Großstadt gehören aber auch die Ortsteile. Hier geraten die Nahversorgung und die Ortskerne immer weiter unter Druck oder sind bereits verschwunden. Hier muss die Stadt schnell und vor allem schneller handeln als derzeit, um Geschäften die Möglichkeit zu geben sich anzusiedeln.

Zur kleinen Großstadt gehört auch die Kultur – ein Beispiel, das wieder aktuell ist: Gerade ist wieder Figurentheaterfestival, und da erinnert sich die ganze Stadt an die unselige Diskussion über die Streichung des Festivals. Wie kleingeistig kann man sein? Weil einigen CSU-Stadträten ein Stück beim letzten Figurentheaterfestival nicht gefallen hat, waren sie bereit, ein erfolgreiches, international angesehenes Festival, das identitätsstiftend für die Stadt und die Region ist aufs Spiel zu setzen. Und das auch noch unter dem Deckmantel des Sparens.

Die SPD kennt die Herausforderungen, vor denen unser Erlangen steht, wir haben gute Ideen, Konzepte und Vorstellungen, wie wir sie bewältigen können.

Die Stimmung in der Fraktion ist gut und zwischen Partei, Distrikten und der Fraktion läuft es rund. Auch bei heiklen Themen, etwa beim G6 oder in anderen kritischen Situationen diskutieren wir miteinander, streiten, wenn es sein muss, und gehen dann gemeinsam weiter.

Wir haben viel erreicht in den letzten drei Jahren, wir werden auch in den nächsten drei Jahren nicht nachlassen, um an möglichst vielen Stellen zu zeigen, dass die SPD gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern diese Stadt voranbringt.

Aktionen für den Atomausstieg

Liebe GenossInnen,
die Proteste gegen die Atomkraft gehen weiter. Wir wollen uns als SPD wie bisher stark daran beteiligen.

Montags finden organisiert von der Erlanger Initiative „Atomausstieg jetzt!“ bis Pfingsten weiterhin Mahnwachen bzw. eine Demo für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie statt. Der bisher letzte Termin ist im

Juni am **Montag, 6. Juni, 18 Uhr: Demo mit Start am Rathausplatz, Demozug und Abschluss am Schlossplatz.** Redebeiträge von DGB, Naturschutzverbänden, SPD, Grünen, Linken, ÖDP.

Bitte beteiligt Euch zahlreich an den Mahnwachen und Demos. Wir wollen als SPD bei diesem wichtigen Thema Präsenz zeigen.



Schwerpunktthema „Soziale Frage“

Liebe Genossinnen und Genossen, der Arbeitskreis „Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen“ hat sich erfolgreich konstituiert. Bis Oktober soll zunächst eine Bestandsaufnahme und Analyse verschiedenster Daten zur sozialen Situation in Erlangen stattfinden. Weitere InteressentInnen sind gerne willkommen.

Wünschenswert ist es auch, wenn Distrikte oder Arbeitsgemeinschaften sich in einzelnen Teilbereichen der breiten Thematik einbringen.

Das nächste AK-Treffen findet statt

**am Mittwoch, 20. Juli
um 20 Uhr im August-
Bebel-Haus.**

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter
Referent für Schulung und Arbeitskreise

Weitere Infos unter: <http://www.atomausstieg-erlangen.de>. Dort findet ihr auch die Information, falls im Juni weitere Aktionen zum Thema stattfinden.

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter
Referent für Schulung und Arbeitskreise

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Juni Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

- 03.06. Heinz Triftshäuser
81 Jahre
- 06.06. Gisela von Rimscha
75 Jahre
- 06.06. Ruhi Teksifer
76 Jahre
- 07.06. Karl Gnad
81 Jahre
- 12.06. Christa Schmitt
70 Jahre
- 15.06. Werner Thile
65 Jahre

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder

**am Mittwoch, 22. Juni,
20 Uhr im August-Bebel-Haus**

Themen:

- Aktuelles (Memorandum 2011, Sondermemorandum „Euroland in der Krise“, Euro-Memorandum 2010/11),
- „Wachstumskritik oder sozialistische Politik“ (R. Krämer),
- Jahresschwerpunktthema des Kreisverbands „Und wo bleibt die Gerechtigkeit? Soziale Fragen, die aus der Mitte der Gesellschaft kommen“: StrukturdatenER-Analyse und politische Folgerungen

Wie jeder Arbeitskreis des Kreisverbands ist auch der WiPo-AK natürlich offen für alle interessierten Genossinnen und Genossen. Wir freuen uns über jede/n, die/der mitarbeiten, mitdiskutieren oder auch nur erst mal zuhören will. Insbesondere der AK-Beitrag zum Schwerpunktthema des KV bietet eine gute Gelegenheit zum Einstieg.

Helmut Pfister



- 19.06. Erich Reim
91 Jahre

Zum Schwerpunktthema der Kreismitgliederversammlung: Positionen der IPPNW

Für eine Welt in Frieden

Konflikte müssen mit friedlichen Mitteln beigelegt werden. Gegen die Waffenexporte der Industrieländer, die neue Kriege führbar machen, fordern wir die kontrollierte Reduzierung der konventionellen Rüstungen, eine Drosselung der Rüstungsforschung sowie die Stärkung präventiver Konflikt- und Krisenhilfinitiativen der UNO. Verständigung, Diplomatie und zivile Konfliktbearbeitung müssen Vorrang haben. Wir setzen uns für eine Kultur des Friedens ein, die Garant ist für eine humane Gesellschaft.

Krieg schafft keinen Frieden

Die IPPNW sagt Nein zum Krieg. Denn Krieg ist eine der größten Bedrohungen für Leib und Seele. Er zerstört das, was Ärzte und medizinisches Personal später wieder zu heilen suchen.

Die IPPNW arbeitet mit medizinischem Personal in Krisengebieten wie Irak, Afghanistan, Türkei-Kurdistan oder in der Balkanregion zusammen.

Uranwaffen

Die IPPNW ist gegen Waffenexporte aller Art. Wir setzen uns besonders für ein Verbot von Landminen und uranhaltiger Munition ein. Die verschiedenen Wirkungen abgereicherten Urans (Depleted Uranium, DU) aus Uran-Geschossen sind noch nicht hinreichend geklärt. Dies betrifft vor allem die Synergieeffekte zwischen radioaktiver und toxischer Wirkung. Trotz aller noch existierenden offenen Fragen hat die neuere und insbesondere die unabhängige Forschung hinreichend Beweise erbracht, dass Menschen, die DU in ihren Körper aufgenommen haben, seien es Soldaten oder Zivilbevölkerung, aber vor allem Kinder und Jugendliche, einer schweren Gefährdung ihrer Gesundheit und ihres Lebens ausgesetzt sind. Das alleine

reicht aus, um von den Regierungen der Welt, also in der UN und im UN-Sicherheitsrat, ein Verbot des Einsatzes von DU-Waffen zu fordern.

Kultur des Friedens

Die IPPNW ist ein entscheidender Motor der deutschen Friedensbewegung.



Mit unserer Kongressreihe „Kultur des Friedens“ bieten wir Wissenschaftlern und der kritischen Öffentlichkeit ein Diskussionsforum.

www.kultur-des-friedens.de

Zivile Konfliktbearbeitung

Die IPPNW will nicht bei der Symptombehandlung stehen bleiben, sondern vorbeugend tätig werden. Deshalb beschäftigen wir uns mit den Kriegsur-sachen und zivilen Konfliktlösungsstrategien in Kriegs- und Krisengebieten. Entwicklung, Umweltbewahrung und gerechte Ressourcenverteilung sind Voraussetzungen für eine friedliche Welt. Recht, Verständigung und zivile Konfliktbearbeitung müssen Vorrang haben vor Gewalt und Krieg.

Unser Rezept für den Frieden

Die IPPNW ist keine humanitäre Hilfsorganisation – obwohl wir manchmal medizinische Hilfe in Kriegsgebiete bringen oder Hilfsmaßnahmen

unterstützen –, sie will vielmehr politische und gesellschaftliche Änderungen bewirken, um zukünftige Kriege zu verhindern. Friedenspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Wir setzen uns für Abrüstung und Entmilitarisierung ein und wollen ein Europa als Friedensstatt Militärmacht im UN-Rahmen.

Krieg und Globalisierung

Das weltweite Ungleichgewicht hat unvorstellbare Ausmaße erreicht: Nach Angaben der UN verhungert alle sieben Sekunden ein Kind unter zehn Jahren. Alle vier Minuten verliert ein Mensch das Augenlicht wegen Mangel an Vitamin A. Etwa 100.000 Menschen sterben am Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen tagtäglich, obwohl die Weltwirtschaft ohne Probleme 12 Milliarden Menschen ernähren könnte. Die Liberalisierung der Märkte verschärft weltweit soziale und politische Spannungen und ist eine wichtige Ursache für das Entstehen von Hass, Gewalt und Kriegen. Deshalb ist Globalisierung für die IPPNW eine Friedensfrage.

Energiewende als Friedenspolitik – Für eine kriegspräventive dezentrale Energiewirtschaft

Konsequenzen nach der „Abstimmung über Atomkraft“

Nach der gestrigen [27. März 2011] „Abstimmung über Atomkraft“ steht bei allen Parteien die Energiepolitik grundsätzlich auf dem Prüfstand. Die atomkritische ärztliche Friedensorganisation IPPNW appelliert an die politischen Parteien, im Zuge eines umfassenden Atomausstiegs „die Energiewende in einer gesellschaftlich tatsächlich nutzbringenden Weise zu vollziehen“. Die Organisation votiert für die konsequente Umsetzung einer „ökologisch nachhaltigen und kriegs-präventiven dezentralen Energiewirtschaft“.

Aus ökologischen, friedenspolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen sollte die Energieversorgung schnellstmöglich und weitgehend auf heimische erneuerbare Energien „in Bürgerhand“ umgestellt werden. Die Abhängigkeit von Energieimporten und von konzerneigenen Großkraftwerks-

strukturen sollte aus den folgenden Gründen minimiert werden:

1. Die IPPNW tritt ein für eine kriegspräventive dezentrale Energiewirtschaft. Durch die Nutzung heimischer erneuerbarer Energien werden Energieimporte praktisch überflüssig. Länder, die auf Energieautonomie setzen, werden sich in Zukunft wohl nicht mehr an Energie-Kriegen beteiligen. Eine dezentrale Energiewirtschaft ist daher ein ganz entscheidender Schlüssel für die Überwindung neokolonialer Strukturen und für die Verhütung von Kriegen.
2. Die propagierte „Energie-Außenpolitik“ mit dem Bezug von Energie in großem Stil aus entfernten Weltregionen gefährdet den Frieden, ohne die Energieprobleme zu lösen. Die Realität der Großimporte von Öl und Gas zeigt, dass die Erschließung und Absicherung von konzerneigenen Produktionsstätten und Transportwegen (Pipelines, Schifffahrtswege) zu Militarisierung und Kriegen führt, nicht aber zu einer stabilen Energieversorgung. Ebenso wäre eine sensible Infrastruktur mit solarthermischen Großkraftwerken und wenigen Stromtrassen nach Europa in Verbindung mit zahlreichen staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren ein ständiger Quell von Konflikten – mit der Gefahr von Terroranschlägen und bewaffneten Auseinandersetzungen.
3. Eine dezentrale Energiewirtschaft „in Bürgerhand“ stärkt die wirtschaftliche Potenz von Bürgern und Kommunen, fördert die Demokratie, sorgt für mehr Verteilungsgerechtigkeit, reduziert die Gefahr der Energie-Armut, fördert regionale Wirtschaftskreisläufe, sorgt für Arbeitsplätze in der Region und fördert somit indirekt die Gesundheit der Menschen. Die atomkritische Friedensorganisation IPPNW fordert daher die Realisierung der erwiesenermaßen möglichen 100-prozentigen regenerativen Energieerzeugung „in Bürgerhand“ durch die intensiviertere Fortführung des bereits höchst erfolgreichen Ausbaus dieser Energieformen. Das für Nordafrika geplante DESERTEC-Pro-

jekt macht deshalb auch allenfalls als regionale Versorgung einen Sinn, aber nicht als „Wüstenstrom-Import“ nach Europa.

4. Eines der wichtigsten Prinzipien zukunftsfähigen Wirtschaftens ist die Begrenzung des Wachstums in einer begrenzten Welt. Stromerzeugungs-Großanlagen halten hingegen den Glauben an die Unbegrenztheit der Wachstumsmöglichkeiten aufrecht und behindern die Entwicklung einer Kultur der Ressourcen-Einsparung mit einer Post-Wachstumsökonomie. Da die Erreichung dieser Ziele insbesondere zusammen mit systematischer Energie-Einsparung sehr viel schneller möglich ist, als von der Atom- und Öl-Lobby behauptet, fordert die IPPNW zugleich die Rücknahme der hochgefährlichen Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Das Papier „Energiewende als Friedenspolitik – Für eine kriegspräventive dezentrale Energiewirtschaft“ hat die IPPNW-Mitgliederversammlung am 12.3.2011 in Frankfurt am Main beschlossen.

Erklärung zur Beendigung des Parteiordnungsverfahrens gegen Dr. Thilo Sarrazin

Beschluss des Kreisvorstands vom 12. Mai 2011

Viele Menschen in Erlangen, in der gesamten Bundesrepublik und auch im Ausland haben kein Verständnis für das Ergebnis und den Verfahrensablauf des Parteiordnungsverfahrens gegen Dr. Thilo Sarrazin. Nicht nachvollziehbar erscheint vor allem der Zickzackkurs der Partei. Wir entschuldigen uns bei den Menschen, die sich durch diese Haltung verletzt oder enttäuscht fühlen. Wir appellieren an die Genossinnen und Genossen unserer Partei, die sich mit dem Gedanken eines inneren Rückzuges oder gar Austritts tragen: Jetzt gerade nicht! Wir brauchen Euch! Die Partei braucht Euer politisches Rückgrat!

In gemeinsamer Verantwortung für unsere Partei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, stellen wir fest:

1. Wir sind und bleiben die Partei des sozialen Aufstiegs. Wir geben nicht

große Teile der Bevölkerung verloren, sondern ringen um Konzepte für gerechte Teilhabe. Elitärer Dünkel, Ausgrenzung von Gruppen – mit oder ohne Migrationshintergrund –, menschenverachtendes Gerede oder gar rassistischer Habitus haben in unserer Mitte keinen Platz.

2. Wir verteidigen die Meinungsfreiheit aufrecht. Die SPD ist jedoch eine politische Wertevereinigung, die – wie bei jeder anderen Partei – durch ihr Grundwertekorsett einen äußersten Meinungsrahmen vorgibt. „Die gleiche Würde aller Menschen ist Ausgangspunkt und Ziel unserer Politik ... und unabhängig von ... wirtschaftlicher Nützlichkeit.“ Dieser äußerste Wirkungsrahmen ist nicht verhandelbar.
3. Die politische Verantwortung und der Gestaltungsanspruch der SPD en-

den nicht an irgendeinem Wahltag. Unsere Grundwerte sind nicht beliebig und stehen nicht zur Disposition Einzelner. Nachdem auf allen Parteebenen Gremienbeschlüsse zum Parteiordnungsverfahren vorlagen, war es politisch angezeigt, diese Gremien vor einer Verfahrensbeendigung ohne Sachentscheidung zu befassen.

Wir protestieren gegen rassistisches und menschenfeindliches Gedankengut in unseren Reihen!

Wir protestieren gegen den Zickzackkurs der Partei im Verfahren gegen Thilo Sarrazin!

Wir protestieren gegen den Angriff auf unsere Grundwerte!

Für uns steht fest: Herr Dr. Thilo Sarrazin ist nicht unser Genosse. Wir fordern ihn auf, unsere Partei zu verlassen!

Libyen-Resolution des SPD-Kreisverbandes Erlangen

Beschluss des Kreisvorstands vom 12. Mai 2011

1.

Seit Wochen tobt in Libyen ein grausamer Bürgerkrieg mit NATO-Beteiligung aus der Luft.

Hintergrund und Ursache ist das autokratische Regime des Oberst Ghaddafi, das alle Forderungen nach gesellschaftlichen, sozialen und demokratischen Reformen stets abgelehnt und unterdrückt hat. Im Zuge des Erstarkens der Proteste und der Aktivitäten der Reformkräfte in den arabischen Ländern, vor allem in Nordafrika, haben sich auch in Libyen die Menschen – zunächst gewaltfrei – erhoben, um soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Partizipation einzufordern und – als das ohne jeden Erfolg blieb – das Ghaddafi-Regime zum Rücktritt aufzufordern. Die Antwort des Regimes war grausames Vorgehen mit militärischer Gewalt, gegen die sich die Reformkräfte ebenfalls mit militärischer Gewalt zur Wehr setzten. So entwickelte sich ein Bürgerkrieg, dessen Ausgang zu Zeit noch völlig unabsehbar ist, mit all seinen schrecklichen Folgen vor allem für die Zivilbevölkerung.

Die Antwort der Völkergemeinschaft auf die wachsende Eskalation war die UN-Sicherheitsratsresolution 1973, die zu militärischem Eingreifen zum Schutz der Zivilbevölkerung ermächtigte. Dieses erfolgt seit Wochen durch die NATO-Einsätze aus der Luft.

2.

Die internationale Intervention war völkerrechtlich durch die UNO-Resolution gedeckt, jedoch von Anfang an zumindest umstritten:

- moralisch, da Menschenrechte nicht mit menschenrechtsverletzenden militärischen Mitteln verteidigt werden können;
- politisch,
 - da nach jahrzehntelanger Unterstützung des Ghaddafi-Regimes von Seiten der intervenierenden Mächte keinerlei Verhandlungsversuche und Sanktionsandrohungen unternommen wurden, als noch Zeit dafür war, wohl auch, um die libyschen Erdöl-Produktion und die Unterstützung Ghaddafis bei der EU-Flüchtlingspolitik nicht zu gefährden;

- weil man offensichtlich die Lage in Libyen nach den relativ unblutigen Erfolgen der Reformkräfte in Tunesien und Ägypten völlig falsch einschätzte;
- weil Zielsetzung, Zusammensetzung und Hintergrund der sogenannten Rebellen unklar ist;
- weil man die mittel- und langfristigen Konsequenzen für die arabische Welt und Afrika überhaupt nicht reflektierte und einschätzte;
- sogar militärisch,
 - da zumindest völlig unklar war, wie Flugverbotszone und militärische Unterstützung ausschließlich aus der Luft überhaupt zu Erfolgen führen sollte, was über kurz oder lang zum Einsatz von Bodentruppen führen muss;
 - weil man die – vom Westen bis 2010 gefütterte – militärische Stärke des Regimes falsch einschätzte;
 - weil man die Verhältnisse in einem großen Flächenstaat mit riesigen Wüstenanteilen nicht berücksichtigte.

3.

Mittlerweile ist die NATO-Intervention in Libyen in doppelter Weise im Konflikt mit dem internationalen Völkerrecht:

1. Das vom Sicherheitsrat legitimierte Ziel des Schutzes der Zivilbevölkerung ist durch die NATO zum Ziel der Regime-Beseitigung („Change“) verändert worden, was dem klaren Verbot einer einseitigen Einmischung in einem Bürgerkrieg widerspricht. Der Schutz der Zivilbevölkerung gerät im Gegenteil mehr und mehr in den Hintergrund, wie die ständig steigende Zahl der zivilen Opfer zeigt.
2. Darüberhinaus höhlt dieser NATO-Einsatz mit behaupteter UN-Legitimation jede Glaubwürdigkeit einer völkerrechtlich legitimierten und erforderlichen Intervention der Völkergemeinschaft aus: Warum nur in Libyen und nicht bei den fast gleichzeitigen grausamen Regimes im Jemen, in Bahrain, vor allem in Syrien, und und und...
Dadurch wird der Verdacht genährt, dass der Westen unter dem Deckmantel

der UN-Legitimation in Wirklichkeit aus ganz anderen Gründen (ökonomische Interessen und geostrategische Macht) mit Waffengewalt interveniert. So verkommt die große politische Errungenschaft nach dem 2. Weltkrieg, das in der UN-Charta festgelegte internationale Völkerrecht mit klar umrissenen Möglichkeiten der militärischen Intervention der Völkergemeinschaft, zur Beliebigkeit.

4.

Aus all dem ergeben sich für uns folgende Forderungen:

- Die militärische Intervention der NATO in Libyen muss so rasch wie möglich beendet werden. Wir fordern eine sofortige Waffenruhe und die Aufnahme von Verhandlungen zwischen dem Regime und den Reformkräften mit UN-Unterstützung.
- Sofortige Handels-Sanktionen und das Verbot von Rüstungsexport nach Libyen.
- Aufhebung der menschenverachtenden EU-Flüchtlingspolitik, stattdessen umfassende Hilfen für Flüchtlinge, vor allem aus Nordafrika.
- Humanitäre Hilfe für die unmittelbaren Kriegsfolgen sowie Unterstützung beim Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft durch EU und UN. Situation und Entwicklung in Libyen muss darüberhinaus Anlass für uns sein, wieder grundlegende Prinzipien für die internationale, Entwicklungs- und Friedenspolitik der SPD einzufordern, die in letzter Zeit in Vergessenheit geraten sind:
 - Aufbau einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung und einer darauf ausgerichteten Entwicklungspolitik
 - Uneingeschränkter Einsatz für Menschenrechte, soziale Rechte und Demokratie;
 - Verbot der politischen und ökonomischen Unterstützung diktatorischer, militaristischer, rassistischer, faschistischer Regimes jeder Form;
 - Weltweite Abrüstung und Verbot von Rüstungsexporten.

Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel

Juli/August 2011

24.06.2011

**Angelika Weikert
lädt ein zum**

**politischen
Sonntagsfrühstück
Sonntag, 24. Juli 2011
10:30 bis 13:00 Uhr
Gutmann am Dutzend-
teich, Nürnberg**

**Zu Gast in diesem Jahr:
Kerstin Westphal, MdEP**

EU und Bundesländer gemeinsam für Frauenquote

Jetzt muss sich die Bundesregierung endlich bewegen

Zum Beschluss der Justizminister der Länder für die Einführung einer Frauenquote in den Führungsetagen von Unternehmen erklärt die SPD-Europaabgeordnete Kerstin Westphal:

„Gemeinsam schaffen wir es, die Bundesregierung endlich zur Einführung einer Frauenquote in Führungsetagen zu bewegen. Ich freue mich, dass die Justizminister der Länder gestern der Initiative der rot-grünen Landesregierung aus Nordrhein Westfalen gefolgt sind. Ich teile die Einschätzung der sachsenanhaltinischen SPD-Justizministerin Angela Kolb, dass die Frauenquote ‚dringend geboten‘ ist.“

Wir SPD-Europaabgeordnete fordern seit langem, dass Deutschland bei der Gleichstellung der Geschlechter vorankommt. Auch die Kommissare Vivianne Reding und Michel Barnier haben Mer-

■ **Von Kerstin Westphal**
Mitglied des Europäischen
Parlaments



kel, Schröder und Co schon mehrmals aufgefordert, endlich dem Beispiel anderer Mitgliedstaaten zu folgen und eine Frauenquote für Führungspositionen einzuführen.

Obwohl sich CDU, CSU und FDP auch gestern verweigerten, kann Merkel nun nicht mehr diese Initiative vom Tisch wischen, wie sie noch vor wenigen Wochen getan hat. Wir als SPD werden auf allen Ebenen dafür kämpfen, dass endlich auch in Deutschland Frauen den gleichen Lohn bekommen. Dafür ist die Frauenquote ein erster und wichtiger Schritt.“

Tour der roten Radler kommt nach Erlangen

Markus Rinderspacher durchradelt auch in diesem Jahr alle sieben Regierungsbezirke. Am **Sonntag, den 17. Juli**, kommt er nach Erlangen. Wir begleiten ihn einen Tag lang auf einer Tour durch Stadt und Landkreis und laden alle Interessierten herzlich dazu ein. Die Radtour ist leicht und für jede Kondition geeignet, wir machen drei Pausen (Obermembach Biergarten, Zweifelsheim Trink&Obststation, Herzogenaurach Kärwa), Essen und Getränke sind frei. Wir starten um 10:30 in Erlangen (genauer Ort wird noch bekanntgegeben) und kehren gegen 18:30 zurück. Ihr könnt natürlich auch Teilstrecken mitfahren oder uns im Biergarten besuchen!

Organisiert wird die Radtour von Sylvia Janik und Rita Dankers. Um gut planen zu können, brauchen wir eure Anmeldung so bald wie möglich. Meldet euch bei Sylvia oder im Internet direkt an (<http://rote-radler-bayern.de/>).

Wir brauchen auch noch Helfer:

- Radler, die den Weg und die Karte mit im Blick haben
- Radler, die Arzt/Ärztin oder Sanitäter o.ä. sind
- Helfer für den Infostand in Zweifelsheim
- Radler, die ein wenig Werkzeug für Pannen mitnehmen

Also, meldet euch an und bringt Freunde und Familie mit! Die Tour ist übrigens auch mit Kinderanhänger gut zu bewältigen.

Bürgerbüro Angelika Weikert

Telefon: 8126544

E-Mail: erlangen@angelika-weikert.de

Tour der roten Radler

Familienradtour über 29km leichte Strecke
Rundkurs Erlangen-Herzogenaurach-Erlangen
3 Vesperpausen, Essen und Getränke frei
Sonntag, 17. Juli, Start 10:30, Ende gegen 18:30

Wir suchen noch Helfer, die mitradeln -
bitte bei Sylvia im Büro melden:
09131-8126544 oder
erlangen@angelika-weikert.de



Wir profitieren von Europa – Europa braucht unsere Unterstützung!

Nicht nur wegen der aktuellen Eurokrise müssen wir uns große Sorgen um Europa machen. All das, was aus der Zusammenarbeit der ehemaligen Kriegsgegner Frankreich und Deutschland gewachsen ist, ist hart erarbeitet worden und muss von uns allen täglich gelebt werden.

Im Deutschen Bundestag, aber auch als deutsches Mitglied in der Parla-

mentarischen Versammlung des Europarats erfahre ich immer wieder, wie stark unser Lebensraum europäisch geprägt ist: In einzelnen Bereichen werden bereits 70 bis 80 Prozent der Regelungen von europäischen Institutionen getroffen.

Andererseits profitiert Deutschland wie kein anderer Staat von Europa: Von den Produkten, die Deutschland ins Ausland exportiert, gehen rund zwei Drittel in den Euro-Raum. Deshalb, aber auch aufgrund unserer geografischen Lage, ist es für uns existenziell wichtig, dass es Europa als Ganzem gut geht.

Wenn Rechte und Nationalisten in Dänemark, Finnland und andernorts die Schlagbäume wieder aufstellen wollen, müssen gerade wir im Herzen Europas dem entgegen treten.

■ **Von Marlene Rupprecht MdB**
Betreuungsabgeordnete für den Wahlkreis Erlangen



Ich habe mich sehr gefreut, in dieser Woche den Spatenstich zum Europäischen Schullandheim in Bad Windsheim vollziehen zu können. Diese Einrichtung wird für den Jugendaustausch in unserer Region enorm wichtig sein: Gegenseitiges Kennenlernen und persönliches Erleben sind die wichtigste Immunisierung gegen nationalistische Rattenfänger.

Nur mit dem Willen, den gemeinsamen Lebensraum zu gestalten, konnte das grenzenlose und friedfertige Europa eine Selbstverständlichkeit werden. Es liegt an uns, diesen Geist im solidarisches Umgang mit Menschen aus anderen europäischen Ländern – am Arbeitsplatz oder auch im Urlaub – immer wieder aufs Neue zu festigen und zu fördern.



Marlene Rupprecht beim Spatenstich für das Europa-Schullandheim in Bad Windsheim

kostenlos

direktgiro

JETZT zu uns wechseln!

Das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen für Privatkunden:

- keine Grundgebühr
- kein Durchschnittsguthaben
- kein Mindesteingang
- alle SB-Terminal-Buchungen kostenlos
- bei Onlinebanking fallen nur Kosten für die Sicherungsmittel (z. B. chipTAN oder smsTAN) an

Sämtliche mit der Kontoumstellung verbundene Arbeiten erledigen wir gerne für Sie!

Weitere Informationen bei unseren Beratern,

unter 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr),

oder unter www.sparkasse-erlangen.de Stand 09/2010

Sicher. Stabil. Verlässlich.

 Sparkasse
Erlangen

SPD am Angerfest

Liebe Genossinnen und Genossen, am diesjährigen **Angerfest am 10. Juli** wird sich die SPD Anger-Bruck wieder beteiligen. Allerdings müssen wir diesmal schwerere Geschütze auffahren, um der im letzten Jahr massiv auftretenden Konkurrenz von der CSU Paroli bieten zu können. Ich habe daher mit der Fahr- schule Klaus Schulz eine gemeinsame Beteiligung am Angerfest abgesprochen. Meine Idee ist, einen Führerscheintest anzubieten, um die Attraktivität unseres Standes zu erhöhen. Herr Schulz über- lässt uns dazu gerne Prüfungsbögen und Lösungsschablonen, mit denen wir den Test an unserem SPD-Stand (3x3m-Pavil- ion!) anbieten und durchführen können.

Da wir an unserem Stand mit Prüf- bogen-Korrigieren beschäftigt sein werden, habe ich mich bei der Grillbe- treuung erst mal auf 2 Stunden einge- schränkt.

Vielleicht könnt Ihr Euch die Standbe- treuung am **10. Juli, 10.00 bis 18.00 Uhr** schon mal vormerken und mir Bescheid

geben. Dass sich freiwillige Helfer auch bei Sandra Kerkovius (Freizeitamt) im Bürgertreff Isarstraße (Tel.: 34546) mel- den können und sollen, hatte ich bereits im Monatsspiegel vom April erwähnt.

Als weiteren Termin im Distrikt pla- nen wir für Oktober/November eine Veranstaltung zum Thema „Sachstand S-Bahn/Nahverkehrskonzept“ in Bruck. Dabei sollen wieder Fraktionsmitglieder vor Ort sein und, wenn möglich, ein Ver- treter der Bahn. Näheres erfahrt Ihr auf diesem und den anderen üblichen We- gen zu gegebener Zeit.

Bis dahin sind außer dem Angerfest keine weiteren Aktivitäten, auch keine Distriktversammlungen, geplant, weil ich dieses Jahr privat sehr stark gebun- den bin.

Der Vortrag von Wolfgang Blum zum Thema „Desertec“ bei der letzten DV im Angerwirt war höchst informativ und anschaulich. Nochmals herzlichen Dank für Wolfgangs kompetente und lebhaf- te Gestaltung dieses Abends.

Solidarische Grüße
Gerd Worm

■ Distrikt Anger/Bruck

Vorsitzender:
Gerd Worm
Telefon: 304556
Karl.Gerd@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen, unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Dienstag, 21. Juni,
19 Uhr im Schützenhaus**

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

■ Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen, die Jahreshauptversammlung 2011 fand am Dienstag, den 17. Mai statt. Gewählt wurden als

- Vorsitzende: Elizabeth Rossiter
- Stellvertreter: Hartmut Wiechert, Adi Albrecht
- Kassierer: Hartmut Wiechert
- Schriftführerin: Andrea Necker- mann
- Vertreter KV: Hartmut Wiechert
- Vertreterin KV: Elizabeth Rossiter
- Revisoren: Günter Rupprecht, Wal- ter Fellermeier

Der neue Vorstand bedankt sich bei den Mitglieder des „alten“ Vorstands für euer langjährige Arbeit und sein En- gagement für unseren Distrikt und die

Stadtteile und wünscht viel Erfolg bei euren neuen politischen Zielen.

Der nächste Distriktsversammlung findet statt am

**Dienstag, 19. Juli um
20 Uhr im TSV Frauenau-
rach, Nebenraum**

Außerdem laden wir alle Mitglieder ganz herzlich zu unserem Sommerfest am Samstag, den 6. August bei Adi in Hüttendorf ein. Weitere Details im Juli- Monatsspiegel.

Mit irischen Grüßen
Elizabeth Rossiter

■ Distrikt Frauenaarach

Vorsitzende:
Elizabeth Rossiter
Telefon: 992619
e.rossiter@web.de

■ Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:

Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
im Juni haben wir keine Sitzung. Der Termin für die Julisitzung steht aber bereits fest:

12. Juli um 20 Uhr.

Näheres in der Juliausgabe des Monatspiegels. Bitte schonmal vormerken!

Sonnige Tage wünscht, für den Vorstand,
Michael Zimmermann

■ Distrikt Ost

Vorsitzender:

Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch hiermit herzlich ein zu einem gemütlichen

Treffen mit allen Neumitgliedern im Distrikt am Mittwoch, 29. Juni um 20 Uhr im Biergarten der

Pizzeria Romana („Brücken-Paulus“, Schronfeld 74)

Bitte beachtet auch den Termin des Distrikts Süd im Juli im Easthouse, zu dem wir alle herzlich eingeladen sind.

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig, Birgit Hartwig

■ Distrikt Süd

Vorsitzende:

Brigitte Rohr

Kontakt:

Klaus-Dieter Birkner
klausdieterbirkner@arcor.de

Liebe GenossInnen,
im Juni findet keine Distriktsitzung statt. Die nächste Mitgliederversammlung findet wieder gemeinsam mit dem Distrikt Ost statt. Hierzu möchten wir Euch schon jetzt herzlich einladen. Die Sitzung ist am

Mittwoch, 13. Juli um 20 Uhr im Treffpunkt Röthelheimpark (häufig)

noch „neues Easthouse“ genannt), Schenkstr. 111

An dieser Sitzung werden der 1. Vorsitzende des Stadtjugendrings, Heino Sand, sowie die Geschäftsführerin des Stadtjugendrings, Silke Ulrich, zu uns kommen, um mit uns über den Treffpunkt Röthelheimpark zu sprechen.

Dr. Andreas Richter
für den Vorstand

■ Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Dienstag, 7. Juni, 20 Uhr, Schlossgaststätte

3. Moderne Kommunikationsmittel als demokratiefördernde Technologie: Online-Dialog mit der Tennenloher Bevölkerung (Einbeziehung der jüngeren Generation?)
4. Der Tennenloher Bote, 75. Ausgabe
5. Verschiedenes

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Ratsbegehren zu G6: Planungen für weiteres Vorgehen
 - Formulierung: Absprache mit Fraktion
 - Informationen der Bevölkerung: Planungen mit dem Kreisverband

Weitere Ankündigungen:

- Distriktsversammlung im Juli: 12.07., im September: 13.09.
- Bieranstich Tennenloher Kerwa: 19.08., 19.00 Uhr

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsversammlung vom 10. Mai

1. Aktuelles

Rolf Schowalter berichtet, dass der Distrikt ein neues Mitglied hat. Mit 15 Jahren ist Niklas Hauer der jüngste SPDler in Tennenlohe.

2. Bürgerhaushalte und Online-Dialoge

Gert Büttner präsentiert einen Vortrag von Volker Vorwerk vom Netzwerk Bürgerwissen zum Thema „Bürgerhaushalte und Onlinedialoge“. Im Wesentlichen geht es um ein Verfahren, um die Bürgerbeteiligung – speziell bei Haushaltsfragen – zu optimieren und eine breitere Einbindung der Bürger in Haushaltsfragen zu erlauben. Das neue Verfahren stützt sich auf einen Online-Dialog zwischen Bürgern und Verwaltung. Ziel ist es, Anfragen zum Haushalt entgegenzunehmen, in verständlicher Form zu veröffentlichen, Stellungnahmen Betroffener zu erlauben und dem Bürger die Möglichkeit zur Online-Zustimmung oder -Ablehnung zu geben. Letztlich entscheidet weiterhin das zuständige Gremium, hat aber ein deutlich umfangreicheres Meinungsbild zu berücksichtigen. Zum Abschluss berichtet die Verwaltung über die Umsetzung/Ablehnung der Vorschläge. Das Verfahren unterstützt eine hohe Transparenz aller Entscheidungswege und führt zu mehr Basisdemokratie. Weitere Information können unter www.buergerwissen.de gefunden werden.

Erlangen wäre wegen seiner guten Infrastruktur für dieses Vorgehen bestens geeignet. Die SPD Tennenlohe wird sich für die weitere Diskussion und Umset-

zung von Bürgerhaushalten in Erlangen einsetzen. Dazu soll als nächster Schritt eine Diskussion im Kreisverband und in der Fraktion der SPD angestoßen werden.

3. Ratsbegehren zum G6

Die FDP-Fraktion hat angekündigt, im Mai einen Antrag für ein Ratsbegehren zum Gewerbegebiet G6 im Stadtrat einzubringen. Sie begründet dies mit einer Pattsituation im Stadtrat. Im Stadtrat gibt es jedoch keine Pattsituation, der Oberbürgermeister scheut sich nur, die im November verschobene Abstimmung durchzuführen, da er eine Niederlage befürchtet. Die SPD Tennenlohe unterstützt Bürgerbegehren als Instrumente der aktiven Bürgerbeteiligung, findet aber, dass die FDP hier das Instrument Ratsbegehren missbraucht und den Stadtrat düpiert. Wir fordern, dass der Überprüfungsantrag der SPD-Fraktion umgehend in der nächsten Stadtratssitzung zur Abstimmung kommt. Dann kann auf ein teures Ratsbegehren verzichtet werden.

4. Grundstücksenteignung für Bahnausgleich am Hutgraben

In der Mediathek des bayerischen Rundfunks kann ein Video-Beitrag zu dem Thema, der in Tennenlohe gedreht wurde, eingesehen werden. (<http://blog.br-online.de/quer/tag/franken>).

5. Tennenloher Bote

Der nächste Tennenloher Bote soll Ende Mai verteilt werden. Verschiedenen Themen werden diskutiert und Aufgaben verteilt.

Hans Hauer

Liebe Genossinnen und Genossen, wir möchten Euch zu unserem Juni-Treffen herzlich einladen. Im Mittelpunkt des Abends soll das Thema „Euro-Krise und Zukunft der Europäischen Integration“ stehen. Philipp Dees, Juso-Landesvorsitzender und schon langjährig bei uns im Distrikt aktiv, wird in das Thema einführen und mit uns diskutieren.

Wir treffen uns am

**Mittwoch, den 22. Juni,
um 20.00 im Gasthaus
„Zur Einkehr“ (Güthlein).**

Daneben gibt es noch die Routine-Tagesordnungspunkte Aktuelles, Verschiedenes und Berichte aus Fraktion, Kreisvorstand und Ortsbeirat. Wir sind uns sicher, dass dieses aktuelle Thema zu einer spannenden Diskussion führen wird.

Herzliche Grüße
Gerd Peters

P. S.: Bei unserer Maiveranstaltung diskutierten wir mit Florian Janik das ganze Spektrum Erlanger Kommunalpolitik. Konzeptionelle Fragen und auch perspektivischer Aspekte wurden intensiv besprochen. Insgesamt 13 Genossinnen und Genossen hatten sich eingefunden.

■ Distrikt West

Vorsitzender:

Gerd Peters

Telefon: 44366

gerd.peters-er@t-online.de

■ AG 60plus

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert

Telefon: 991232

Hartmut.wiechert@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zum

Begegnungstag mit den Genossen aus Jena am Mittwoch, den 8. Juni

An diesem Tag besuchen uns im Rahmen der Städtepartnerschaft Jena-Erlangen unsere Parteifreunde aus Jena. Das Besuchsprogramm dieses Tages ist hier abgedruckt. Jeder Genosse und jede Genossin ist herzlich eingeladen teilzunehmen und braucht sich nicht vorher anmelden! Es ist ganz gleich wann und wo Du an diesem Tag dazu kommst – wichtig ist, dass Du kommst

Tagesprogramm für den Begegnungstag

- 10:26 Uhr: Ankunft des Zuges aus Jena am Bahnhof Erlangen. Wir begrüßen und begleiten unsere Gäste zum Bürgerpalais Stutterheim.
- Bis ca. 12:00 Uhr: Getränke und kleiner Imbiss und anschließend eine Führung durch das Palais und die Kunstgalerie.
- Ab 12.00 Uhr: Gemütlicher Spazierweg zum Speiselokal Dreycedern am Altstädter Kirchenplatz, gemeinsames Mittagessen.
- 14:00 Uhr: Die ehemalige Bürgermeisterin, Frau Rechtenbacher, wird die Entwicklung von Dreycedern, dem Haus der Gesundheit, referieren. Sicherlich gibt es darüber hinaus die Möglichkeit zu einem politischen Gespräch über den Beginn der Städtepartnerschaft.
- 17:00 Uhr: Besuch des Markgrafen-theaters, Führung durch Herrn Halbgebauer.
- Ab 18:00 Uhr ist ein Tisch in der Brauerei Steinbach reserviert. Hier ist Zeit für individuelles Abendessen und für Gespräche.
- 20:55 Uhr: Verabschieden der Gäste am Bahnhof und Abfahrt des Zuges nach Jena.

Auf einen gelungenen, gemeinsamen Tag der Begegnung freut sich der Vorstand der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus!

Protokoll der Mitglieder- versammlung vom 18. Mai

Top 1: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und fragt, ob Änderung der Tagesordnung gewünscht wird. Das war nicht der Fall.

Top 2: Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung lag leider nicht vor. Es wird nachgereicht.

Top 3: SPD AG 60plus Aktionstag 2011

Der Aktionstag am 5. Mai 2011 der AG 60 plus (Bundesebene) stand unter dem Motto „Gesund und sicher leben“. Armin stellte anhand des Aktionsleitfadens „Impuls“ die wichtigsten Inhalte dar. Dabei wies er daraufhin, dass in der Gegenüberstellung „Schwarz-Gelb“ und Vorschlag SPD (S.9) der dort aufgeführte Vorteil unseres Konzeptes „Egal ob privat oder gesetzlich versichert – die Bürgerversicherung ermöglicht allen die beste Versicherung“ auf jeden Fall missverständlich ist. Bislang galt, dass in einer Bürgerversicherung alle „gesetzlich“ versichert sein sollten.

Top 4: Auslegungserdbeben und die Sicherheit von Atomkraftwerken

Helmut gab uns vor dem Hintergrund der Katastrophe von Fukushima einen Überblick über die Erdbebensicherheit von Kernkraftwerken. Einleitend ging er auf die Grundlagen der Erdbebenmessung ein. Die Plattentektonik, deren Dynamik aus dem Erdinneren kommt, ist die Ursache für die an den Rändern entstehenden Erdbeben, deren Stärke mit Hilfe der anfangs des vorigen Jahrhunderts entwickelten Richterskala gemessen wird und stets die lokale Magnitude angibt. Es ist zu beachten, dass es sich dabei um einen logarithmischen Maßstab handelt. So bedeutet ein Erbeben der Stärke 5 im Vergleich zu Stärke 4 ein um den Faktor 30 stärkeres Beben. Festlegungen oberhalb des Grades 7 sind mit großen Unsicherheiten verbunden. Von der Magnitude zu unterscheiden ist die Intensität, die die Wirkung an der Oberfläche beschreibt und in 12 Stufen eingeteilt wird. Dabei ist die Stufe 12 ein die Landschaft veränderndes Beben. Statistische Vorhersagen sind deswegen schwierig, weil erst seit circa 100 Jahren Aufzeichnungen über Art und Stärke

von Beben vorliegen. Für den Großraum Tokio hat man allerdings aufgrund der vorliegenden Daten schon seit 20 bis 30 Jahren mit einem schweren Beben gerechnet. Die von der Bruchstelle ausgesendeten Wellen führen zu Primär- und Sekundärschäden, von denen die Primärschäden durch Bauweisen und Auslegungen – auch bei Kernkraftwerken – zum Teil beherrschbar sind. Hier gilt als Sicherheitsphilosophie für die Auslegung, dass Schäden an Gebäuden und Maschinen eintreten dürfen, allerdings ohne Gefährdung für die Menschen. Wesentlich schlimmer sind jedoch die so genannten Sekundärschäden, die in ihren Auswirkungen kaum prognostizierbar sind. So hielten die Stahlträger der Türme in New York den Aufprall der Flugzeuge aus, die hohe Hitzeentwicklung durch das Kerosin der vollgetankten Maschinen brachten die Träger zum Schmelzen. In Fukushima war es der Tsunami mit seinen 12 Meter hohen

Wellen, für die die seeseitigen Schutzwälle nicht ausgelegt waren und die die Notstromversorgung der Reaktorblöcke zerstörten. Diese Sekundäreffekte stellen also das eigentliche „Restrisiko“ von Kernkraftwerken dar. In der abschließenden Diskussion herrschte Übereinstimmung, dass manche Rettungsarbeiten, wie in Fukushima aus patriotischen Gründen durchgeführt, in Deutschland so nicht möglich wären.

Top 5: Verschiedenes

Die Detailplanung des Begegnungstags mit den Genossen aus Jena bleibt grundsätzlich unverändert. Der Besuch des Markgrafentheaters ist jetzt möglich. Das Programm des Begegnungstages wird im Monatsspiegel veröffentlicht und alle 60plus-Genossen werden zu diesem Tag eingeladen.

Wolfgang Schwerna

Vorankündigung:

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Unterbezirk Erlangen, lädt ein zu einem Vortrag mit anschließender Diskussion

Frauen fehlen im Management: Wo sind sie (geblieben)?

**Donnerstag, 14. Juli,
18 Uhr im Haus des Hand-**

werks, Erlangen, Friedrich-List-Str. 1 (Eingang Großparkplatz)

mit Frau Dr. Martine Herpers, Initiatorin der Nürnberger Resolution. Sie ist seit März 2011 Vorsitzende des Vereins Erfolgsfaktor Frau. Durch diese Vereinsgründung soll die Nürnberger Resolution weiter vorangebracht werden.

Anschließend um ca. 19.30 Uhr: Jahreshauptversammlung der AsF-Unterbezirks mit Neuwahlen.

■ **AsF**

Sprecherinnen:

- Saskia Coerlin
scoerlin@hotmail.com
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger
Telefon: 502415
- Birgit Hartwig
Telefon: 55939
Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildenberger
Telefon: 23435
- Barbara Pfister
Telefon: 502481
barbara.pfister@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir treffen uns zu unserer nächsten

Mitgliederversammlung am Dienstag, 7. Juni, 20 Uhr im August-Bebel- Haus.

Das Thema der Sitzung erhaltet ihr wie üblich vorher per Mail. Möglicherweise finden im Juni auch noch weitere Sit-

zungen statt, auch hierzu werdet ihr per Mail eingeladen.

Ebenfalls herzlich eingeladen seid ihr zu

Jusos am Berg am 14. Juni ab 18 Uhr

Den Treffpunkt um 18 Uhr erhaltet ihr per Mail.

Sozialistische Grüße
Carl

■ **Jusos**

Vorsitzender:

Carl Friedrich
Carl-Philipp@gmx.de



**„Erst 10 und schon
aussortiert?“**

Gemeinschaftsschule!

Die bessere Antwort für Bayern.

GEMEINSCHAFTSSCHULE – DIE BESSERE ANTWORT FÜR BAYERN.

Aussortiert mit 10 Jahren, lernen unter Druck, Gemeinden ohne Schule ... Der Alltag für viele Schülerinnen und Schüler in Bayern ist bestimmt von langen Fahrwegen, sturem Pauken und Versagensängsten. Hinzu kommt, dass in Bayern das Kind eines Akademikers eine fast sieben Mal höhere Chance hat, ein Gymnasium zu besuchen, als das Kind eines Facharbeiters.

Die große Idee hinter der Gemeinschaftsschule: Mehr Gerechtigkeit in Bayern. Denn Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel, von der Herkunft oder dem Wohnort der Eltern abhängen. Lernen ohne Übertrittsdruck und Lerninhalte, die sich dem Potenzial der Schülerinnen und Schüler anpassen – durch das moderne pädagogische Konzept der individuellen Förderung ist dies möglich. Und nur mit den besten Voraussetzungen kann jede Schülerin und jeder Schüler das Beste aus sich machen.

Davon profitieren alle! Gemeinden bleiben mit dem Modell der Gemeinschaftsschule attraktiv für junge Familien. Unternehmen sichern sich gut ausgebildete Fachkräfte vor Ort. Und die Generationengerechtigkeit findet eine Basis, auf der Jung und Alt aufbauen können.

Keiner darf auf der Strecke bleiben. Weder Schülerinnen und Schüler noch Unternehmen oder Gemeinden. Gemeinschaftsschule ist die bessere Antwort für Bayern.